Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 30 (1936)

Heft: 3

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bewegung vorwärts. Möge es ihr gegeben sein, allerlei Gefahren zu entgehen.

St. Pierre.

Ein Schlußbild.

Die Kathedrale St. Pierre in Genf, Calvins ernste und großartige Kirche, wo noch sein Predigtstuhl und seine Bibel zu sehen sind, ist in der letzten Zeit Gegenstand von schlimmen Streichen gewesen. Der Säulenumgang vor der Fassade wurde mit roter Farbe beschmiert, Fenster eingeschlagen und so fort. Groß ist in Genf die Aufregung. Die Kirchenbehörden (auch die katholische) protestieren und fordern zu verstärktem Kampf gegen die "Gottlosigkeit" auf. Sicher sind solche Bubenstreiche aufs schärfste zu verurteilen; aber zu denken sollten sie doch geben. Denn es kehren scheints unter diesen Beschmutzungen die Worte wieder: "Du follst nicht töten!" und "Wer das Schwert zieht, der foll durch das Schwert umkommen!" Offenbar handelt es fich um einen Akt des Protestes gegen die Haltung der Kirche in der Kriegsund Friedenssache. Wäre da nicht ein Protest gegen die Gottlosigkeit der Kirche die beste Antwort? Die "Semaine Religieuse" scheint uns diesmal auf dem rechten Wege zu sein, wenn sie am Schlusse ihrer Bemerkungen zu der Sache erklärt: "Tristesse surtout, tristesse profonde que nous, chrétiens, ne soyons pas davantage la lumière de notre cité." (Traurigkeit vor allem, tiefe Traurigkeit, daß wir, die Christen, nicht stärker mehr das Licht unseres Gemeinwesens sind.)

Unsere Vergötterer der Kirche an sich, dieser Fiktion, sollten einen Augenblick über diese Sache nachdenken. Sie ist auch für sie ein

Memento.

9. März 1936.

Leonhard Ragaz.

O Rundfchau O

Zur Chronik.

I. Weltpolitisches.

1. Außer Europa. In Syrien dauert die Aufregung gegen Frankreich an. Dieses senkt ein und scheint einen Zustand wie das Verhältnis Englands zum Irak anzubahnen. Irak unterstützt Syrien.

Italien setzt seine Agitation gegen England im Osten fort.

Ibn Saud, der Herr von Arabien, lehnt eine Beteiligung an den Sanktionen gegen Italien ab, aus "Neutralität", weil er nicht zum Völkerbund gehöre. Nur darum?

Der Führer des brasilianischen Aufstandes, der "Kommunist" Prestes, ist ge-

fangen genommen worden.

In Paraguay hat ein Aufstand der unzufriedenen Soldaten, denen man Land versprochen hatte, stattgefunden. Eine neue Regierung ist eingesetzt, die auch eine Nationalisierung des Großgrundbesitzes in die Wege leiten soll.

Japan bietet England und den Vereinigten Staaten je einen zweiseitigen Nichtangriffspakt an — offenbar, um sie voneinander zu trennen. Divide et impera! 2. In Europa. Die französische Kammer hat den Proporz abgelehnt, wohl nicht aus allzu hohen Motiven.

II. Italien — Abe∫sinien.

In Castellomare sollen 2000 Soldaten gegen ihre Verbringung nach Abessinien gemeutert haben. Der Chronist kann nicht sagen, ob die Nachricht genügend verbürgt ist.

III. Faschismus und Nationalsozialismus.

Der Professor Antonio Mario Pesenti ist, weil er sich zum Sozialismus bekennt, in ausländischen Organen des italienischen Antifaschismus gegen den Faschismus und den abessinischen Krieg geschrieben und am antifaschistischen Kongress in Brüssel teilgenommen hat, am 6. Februar vor dem faschistischen Ausnahmegericht in Rom zu 24 Jahren schweren Kerkers verurteilt worden.

Ein 27jähriger Mann wurde in Frankfurt am Main wegen, wie behauptet wird, demonstrativen Tragens einer roten Halsbinde zu sechs Wochen Gefängnis ver-

urteilt.

Vor dem Berliner Volksgericht standen 62 ehemalige Funktionäre der Sozialdemokratie und der Gewerschaften. Davon wurden 59 freigesprochen, aber drei der hervorragendsten unter diesen sofort ins Konzentrationslager gebracht.

Der schwedische Matrose Janson wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er in Hamburg einem deutschen Arbeiter eine in Deutschland verbotene Zei-

tung übergeben hatte.

Gegen die Ausweisung von drei "Gauleitern" durch Schweden reagiert das Hitler-Regime durch Ausweisung von drei schwedischen Industriellen aus Deutschland.

Der Weigerung der englischen Universitäten (besonders der von Oxford) gegenüber, sich bei dem (übrigens künstlich zurechtgemachten) Jubiläum der Heidelberger Universität vertreten zu lassen (auch der Bischof von Durham hatte sich scharf dagegen erklärt), hat man mit großer Eleganz die Spitze abgebrochen, in-

dem man – die Einladung zurückzog.

Die französische Zeitung "Le Journal" ist auf den Gedanken gekommen, in ihrer Wochenbeilage eine Artikelserie: "Les Amours de Hitler" zu veröffentlichen — natürlich bloß, um aus der Sensation Profit zu machen. Das ist ihr von der Regierung verboten worden. Sachlich gewiß mit Recht, weil aber das Verbot gegen die Preßfreiheit verstößt, wurde es vom Syndikat der Pariser Presse angefochten. Bei der jetzigen Lage ist die Unterlassung jener Publikation wohl selbstverständlich.

Das "Hamburger Fremdenblatt", das im 108. Jahrgang steht, muß bis zum 1. April verkauft werden, weil dem Besitzer Broscheck das Verlegerrecht entzogen wurde. Das ist gewiß nur einer der zahllosen Akte neidischer Konkurrenz, die sich

politisch verbrämt.

Wieder sind 25 sogenannte Ausbürgerungen vorgenommen worden, darunter die von Langhoff, Frau Lewine (der Gattin des nach dem Münchener Bürgerkrieg Erschossenen), Arnold Zweig. Es ist eine Unverschämtheit ohnegleichen, die einfach nicht geduldet werden sollte, daß Deutschland seine Bürger einfach über die Grenze stößt und sie anderen Ländern zuschiebt.

Sechs Mitglieder der sudetendeutschen Volkspartei werden angeklagt, daß sie versucht hätten, den sozialdemokratischen Führer Herger und den Kommunistenführer Hartenstein nach Deutschland zu verschleppen — gegen hohe Entschädigung.

IV. Wirtschaftliches und Soziales.

Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat gegen eine Anfechtung die Tennessee Valley Authority, d. h. gewaltige staatliche Unternehmungen der Elektrizitätswirtschaft, als gesetzlich anerkannt. Das Problem der privaten oder öffentlichen Ausnutzung der water-power (Wasserkraft) steht längst im Mittelpunkt des politischen Kampses. Also ein Sieg der sozialen Demokratie.

An Stelle des zum New Deal gehörenden Agricultural Adjustment Administration (A. A. A.), die vom Obersten Gerichtshof aufgelöst worden ist, setzt die Roosevelt-Regierung (in Amerika sagt man bezeichnenderweise bloß "Administra-

tion, Verwaltung", man kennt dort keine "Regierung") eine Agrargesetzgebung geschaffen, die 500 Millionen Dollar (etwa 1800 Millionen Schweizerfranken) für die Erhaltung der "Bodenfruchtbarkeit" ausgibt und damit besonders die Farmer des mittleren Westens gewaltig unterstützen kann. Sie scheint ebenfalls vor dem Obersten Gerichtshof sicher.

In New York streikt ein großer Teil des Hotelpersonals.

V. Sozialismus.

In Litauen ist die sozialdemokratische Partei verboten worden.

In Oesterreich holt die klerikalfaschistische Regierung (so heißt sie mit Recht), welche aus Not nach außen demokratisch und versöhnlich tut, gegen den Sozialismus zu immer neuen allem Recht Hohn sprechenden Versolgungen aus.

In Australien hat die durch lokale Vorgänge gespaltene Arbeiterpartei sich

wieder geeinigt.

In Südfrankreich haben große Streikbewegungen der Bergleute und Textilarbeiter (wenn ich nicht irre) zu bedeutenden Erfolgen geführt.

VI. Schweizerisches.

Die Halbkantone Baselstadt und Baselland haben ihre Wiedervereinigung beschlossen. Aber der Widerstand ist besonders auf Seiten der Landschaft noch groß. Vom schweizerischen und gesamtbaslerischen Standpunkt aus ist die Wiedervereini-

gung doch wohl zu begrüßen.

Im Falle Vonwil hat der Bundesrat angefragt, welches die Gründe seiner Verhaftung seien. Dr. Vonwil, einst Nationalsozialist und als solcher Redaktor des "Allemannen", der gegen die Schweiz hetzte, dann schweizerischer Frontist und später ein scharfer Gegner des Hitlertums geworden, hat sich bekanntlich gegen Weihnachten nach Deutschland zu seiner kranken Frau begeben (sehr unvorsichtigerweise!) und ist in einem Nazigefängnis verschwunden. Er ist gewiß in Gefahr, denn er weiß wohl zu viel.

Zur Unterstützung der Stickerei ist vom Bunde eine Million bewilligt worden. Die Kunstseidefabrik "Feldmühle" in Rorschach kündigt 1000 Arbeitern, falls ihr nicht staatliche Unterstützung zuteil werde. Eine Katastrophe!

Der Genfer Staatsrat schlägt ein Moratorium der Schuldenzahlung für alle

Arbeitslosen vor

Wieder haben zwei Banken Schiffbruch gelitten, weil sie, sei's aus Gier nach hohen Zinsen, sei's aus politischer Sympathie, große Gelder nach Deutschland geliehen hatten: die christlich-soziale "Genossenschaftsbank" in St. Gallen und die "Spar- und Leihanstalt" in Bern.

Die Alpenstraßen-Initiative ist zurückgezogen worden. Man kann das Land

auch sonst verwüsten.

VII. Religion und Kirchen.

1. Aus Deutschland. Georg Althaus, Pfarrer im Braunschweigischen, ist zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er seine Schüler vor der Judenhetze gewarnt und im öffentlichen Gebet gesprochen hatte: "Gott schütze das arme,

gehetzte Volk der Juden!"

Die Bekenntniskirche hat in Oeynhausen (Westfalen) eine Synode abgehalten. Sie hat ihren "Bruderrat" völlig erneuert. Der kompromißbereite sogenannte Bischof von Hannover, Marahrens, ist ausgeschieden. Auch die süddeutschen Bischöfe sind lau und schwanken, und die "eherne Säule" Präses Koch ist geborsten. Die Synode lehnt neuerdings die Kerrlschen "Kirchenausschüsse" ab und wendet sich mit Aufrufen an die Pfarrer und Laien.

Die Erregung über die Verhassung der katholischen Jugendführer dauert an. Dagegen ist Prälat Bannasch freigegeben worden. (Gegen welche Konzessionen?)

Der Vatikan hat durch den Nuntius Orsenigo der Reichsregierung eine Note

zugestellt, die eine Art Ultimatum bedeuten soll.

Die Literatur der Anthroposophen sowie ihre Schulen sind verboten. (Und die Gesellschaft selbst und ihre Versammlungen?)

2. Aus der Schweiz. Der finanzielle und moralische Bankrott der "Liga für das Christentum" setzt sich fort. In Lausanne wie in Basel seien Klagen wegen Betrug gegen ihren "Führer" anhängig.

Im Nationalrat soll darüber eine Anfrage an Pilet-Golaz erfolgen, der, wie Minger, einer der Gönner der Liga war. Die Oxford-Bewegung mag ermessen, was

die nun auch auf sie ausgedehnte Gönnerschaft dieser Herren wert ist.

Endlich hat sich eine Anzahl Pfarrer und anderer Kirchenleute zur abeschinischen Sache geäußert. Aber mit wieviel Hemmungen! Die Warnung vor Pharifäismus: wird sie, stereotyp geworden, nicht gerade — Pharifäismus? Und die ewige Beteuerung, daß wir "in der Vergebung stehen" — wird sie nicht zur entwerteten Formel? Gelinde gesagt. Die Meinung der Erklärung ist gut, aber liebe Freunde und geehrte Herren, ein bischen mehr biblische und menschliche Einfachheit und Männlichkeit! Denket an die Propheten! Denket an Zwingli! Oder auch an Pestalozzi!

VIII. Natur und Kultur.

In Polen, wo das Judentum eine so große Rolle spielt, soll ein Schächtverbot erlassen werden.

In Kapstadt hat eine panafrikanische Gesundheitskonferenz allerlei Kampfmaßregeln gegen Typhus, Malaria, Rinderpest und ähnliches beschlossen. Sicher auch ein Strahl aus dem Reiche Gottes. (Entsetzt Euch, theologische Polizisten!)

auch ein Strahl aus dem Reiche Gottes. (Entsetzt Euch, theologische Polizisten!)
Das Auto fordert in England täglich 20 Tote und 630 Schwerverletzte. Wieviel macht das im Jahre? Wie, wenn man diese Opfer einem Molochbild brächte?

Am Walensee foll nun, in erster Linie für die Automobilisten, eine rechtsufrige Straße erstellt werden. Natürlich: es wäre ja nicht zum Ertragen, wenn ein so großartiges Stück noch unberührter Alpenwelt nicht endlich dem Moloch, der "Verkehr" heißt, versiele.

11. März 1936.

Zur schweizerischen Lage.

Die schweizerische Lage steht in der ganzen Berichtszeit und in dem Augenblick, wo dies geschrieben wird, erst recht völlig unter dem Zeichen der Außenpolitik — wobei das Wort sofort wieder einen Beiseschmack bitterster Ironie bekommt, wenn man daran denkt, daß diese von einem Motta "geleitet" wird. Zunächst hat sich der Fall Gustloff erledigt, soweit von einer Erledigung

überhaupt die Rede sein kann. Unter dem Druck einer Einmütigkeit der Volksstimmung, wie sie bei uns selten vorkommt, hat der an allen Gliedern schlotternde Bundesrat sich dazu aufgerafft, die Wiederbesetzung des Postens eines schweizerischen Gauleiters zu verbieten. Er kam sich damit wahrscheinlich heroisch vor und es hat wohl Schweizer gegeben, die ihn für diesen Heroismus anstaunten und ihm "alles verziehen". In Wirklichkeit war es ein Akt traurigster Halbheit. Denn was kümmert sich diese Gesellschaft darum, ob ihre Gauleitung mehr oder weniger legitim ist? Nur die völlige Auflösung einer Organisation, deren ganz offener Zweck die Eroberung und vorläufige Besetzung der Schweiz ist, hätte einen Sinn gehabt. Denn trotzdem die Hitlerorganisation in "getarntem" Zustande auch dann geblieben wäre, so hätte ein solcher Beschluß doch den Eindruck einer Festigkeit gemacht, die allein diesen Kerlen imponiert. Aber dafür wären Männer nötig gewesen! Und hier setzte nun die Hitlerdiplomatie ein. Es gab einen Faustschlag, den man aber nur durchs Telephon hörte: das Verbot aller Schweizervereine in Deutschland. Als der Bundesrat infolge davon zu Boden gepurzelt war, wurde dieser Faustschlag zurückgenommen und nur noch etwas vom Verbot alles deutschen Reiseverkehrs nach der Schweiz (der ohnehin sehr verkürzt ist) gemunkelt, als Mahnung an Wilhelm Hotel. Der Zweck war erreicht. Jenes vollständige Verbot erfolgte nicht. Und das wollte man. Man lachte sich ins Hitler-Göbbels-Fäustchen! Wenn es nun doch noch zur Auflösung der Organisation sollte kommen müssen, so wäre alles viel schwerer. Dabei haben eine ganze Reihe von Staaten, darunter

auch kleine, wie Estland und Lettland, diese Organisationen radikal verboten. Aber man kann mit der Feigheit am wenigsten ein kleines Volk in schwerer Zeit regieren, und wenn man schlau nicht ist, sondern bloß zu sein meint, sollte man dafür tapfer und ehrlich sein. Was auch an sich besser wäre.

Es wäre durchaus am Platze gewesen und hätte das Protestgeschrei der Hitlerpresse (die so weit ging, von einer Einmischung in die "innere Politik Deutschlands" zu reden) von vornherein etwas gedämpft, wenn man alle politischen Organisationen von Ausländern auf Schweizerboden verboten hätte, wobei nur noch die faschistischen in Betracht gekommen wären. Aber da trat dann wieder Mottas Angst vor und Freundschaft für Mussolini in Funktion. Auch in einem solchen grundsätzlichen Beschluß steckte zwar noch ein Element der Feigheit. Denn wir sollten wie in den besten Zeiten des Schweizergeistes (die freilich seltene Episoden waren) durchaus gestatten, daß auf unserem Boden Ausländer für politische Zwecke arbeiteten, welche mit den Zielen einer wahrhaft schweizerischen Politik im Einklang stehen. Dazu aber sollten wir Männer an der Spitze haben, welche diesen Schweizergeist selbst verträten, und nicht solche, die ihn auf Schritt und Tritt verleugnen, wenn nicht gar verraten. Diese halten es umgekehrt: sie verbieten politische Betätigung für den Schweizergeist und begünstigen eine gegen ihn. Gegen einen sozialistisch oder auch ernsthaft pazifistisch gesinnten auswärtigen Redner, um von Kommunisten ganz zu schweigen, laufen sie sofort mit dem Maulkorb herbei, während sie hundertmal zögern und hundert Verbeugungen machen, bis sie einen faschistischen oder nationalsozialistischen am Reden verhindern. Einem Langhoff, der mit seinen "Moorsoldaten" dem Hitlertum einen der schwersten Schläge versetzt hat und dem eine wirkliche Schweiz dafür das Ehrenbürgerrecht verleihen würde, verbietet man extra alle politische Betätigung, während ein deutscher Professor nach dem andern bei uns eine mehr oder weniger direkte deutsche Propaganda treiben darf. Worin besteht übrigens Langhoffs politische Betätigung? Erblickt Motta etwa darin, daß Langhoff im "Don Carlos" den Marquis Posa spielt, eine unerlaubte "private Außenpolitik"? Oder genügt für die Verwarnung die "kommunistische Haltung", die man ihm vorwirst? Oder gar etwa ein Wunsch von Berlin her? Dem Sozialisten Armand Choussot, Bürgermeister von Ville-franche sur Saône, verbietet man die Teilnahme an einer gut schweizerischen Versammlung in Genf, aber einem Hitler-Agitator verschafft Motta selbst gegen die St. Galler Regierung in St. Gallen das Wort zu einer deutschen Propagandarede. Regierung in St. Gallen das Wort zu einer deutschen Propagandarede.

Inzwischen haben freilich allzu krasse Tatsachen noch einige weitere Schritte des Bundesrates erzwungen. Er hat einer Reihe von Hitlerfunktionären in Zürich (es ist ein ganzes Nest!) den Betrieb verboten. Er hat dem Leiter der baselstädtischen "Sportorganisation" des Hitlertums, namens Schrader, der mit seinen Leuten hart an der Grenze militärische Uebungen abhielt, das Handwerk gelegt. Aber warum nicht alle diese Organisationen aufheben? Er hat auch die Hitler-Organisation der deutschen Studentenschaft in der Schweiz verboten und sogar einen dieser theologischen Hitlerbuben ausgewiesen, aber er hat die Mitgliedschaft bei den Nationalsozialisten nicht verboten und so bleibt auch diese Organisation und "tarnt" sich nur etwas besser. Wie diese Leute uns auf der Nase tanzen, beweist der Umstand, daß sie in Zürich auf dem Zentralfriedhof und in der Predigerkirche eine "Heldengedenkfeier" abhalten dürfen, an der ausgesprochen oder unausgesprochen Gustloff im Mittelpunkt steht (für pazifistische Zwecke bekommt man unsere Kirchen nicht so leicht), und noch mehr der weitere Umstand, daß an Stelle ihres verbotenen Organs "Der Reichsdeutsche" sofort ein neues tritt: "Deutschland heute". Wobei sie ja auch einige sogenannte Schweizerblätter, z. B. "Die Front" und die "Nationalen Monatshefte" ruhig als ihre Organe betrachten dürfen. Denn schlimmer als alle Gefahr von außen bleibt die von innen. Neben anderen Geistern sind es besonders die Feigheit und die Speichelleckerei des geistigen und materiellen Kellner- und Portiertums (ich bitte alle wirklichen Kellner und Portiers um Verzeihung, sie sind nicht gemeint), die uns jede aufrechte Haltung unmöglich machen und uns zur Olympiade in Garmisch und zum Jubiläum von Heidelberg laufen läßt,

während ihre Veranstalter daran sind, die Hand auf die Schweiz zu legen und an

unserer Nordgrenze eine Kaserne nach der anderen bauen.

Aber wir sind vom Fall Gustloss weg sofort in einen viel tieseren Fall geraten. Der Fall heißt diesmal Motta. Es kamen trotz allem, was wir von diesem Manne nun schon gewohnt sind, den ein Verhängnis (was aber nur ein anderer Name für Indolenz ist) in diesen entscheidungsschweren Zeiten an das Steuer unserer Außenpolitik gestellt hat, unglaublich klingende Nachrichten von Genf: dieser Mann, der tut, als ob er mit seiner rein "privaten" Außenpolitik die Schweiz verträte, habe sich, dazu sowohl durch den italienischen Gesandten als durch den päpstlichen Nuntius veranlaßt, in Genf bei den entscheidenden Politikern mit Inbrunst dafür eingesetzt, daß die Sanktionen gegen Mussolini nicht verschäft würden, und habe für den Fall, daß dies doch geschähe, mit dem Austritt der Schweiz aus dem Völkerbund gedroht. Ist das wahr? Es scheint im wesentlichen durchaus wahr zu sein. Denn die Dementis Mottas dementieren im Grunde nichts, und der darüber dem "Manchester Guardian" berichtet hat, ist einer der zuverlässigsten und besten aller Journalisten, unseren Offiziösen freilich vom 9. November Genf her in verhaßter Erinnerung, weil er auch damals die Wahrheit berichtet hat.

Wenn dem so ist, und es ist nach dem Gesagten offenkundig so, dann ist mit aller Klarheit zweierlei festzustellen: Der Mann, der an der Spitze unserer Außenpolitik steht, geht hin und hintertreibt im Dienste Mussolinis und des Vatikans (daß es ein freiwilliger Dienst ist, ändert an der Sache nichts) eine Aktion, welche aufs tiesste die Lebensmöglichkeit der Schweiz berührt, die Schaffung einer übernationalen Ordnung des Rechts, die an Stelle der Gewalt träte. Er untergräbt und verrät damit die Zukunst der Schweiz. Das ist das Eine. Das andere ist: Dieser Mann maßt sich an, die Zugehörigkeit der Schweiz zum Völkerbund als Karte im Spiele seiner privaten Außenpolitik zu benützen. Ich frage: Wer hat ihm dazu das Recht gegeben? Und das ist derselbe Mann, der sich sonst immer als der große Völkerbundsapostel ausspielte. Wie nennt man das? Dieser Mann gehört vor einen Staatsgerichtshof.

Dieser Mann muß vom Steuer des Schweizerschiffes weg, das er auf den Sand oder an tötliche Klippen lenkt. Noch viel mehr als einst Bundesrat Hoffmann, der freiwillig-unfreiwillige Agent Ludendorffs, weg mußte, muß der freiwillig-unfreiwillige Agent des weltlichen und geistlichen Faschismus weg, wenn die Schweiz nicht untergehen soll. Das muß vielen durchdringend klar werden. Eine große Volkspetition sollte das verlangen, bevor es zu spät ist. Oder wollen wir weiter

zusehen, wie das Schiff gegen die Felsen treibt?

Positiv gesprochen: Die Rettung der Schweiz verbürgen uns nicht neue Festungen, Tanks, Flugzeuge und verlängerte Rekrutenkurse, und noch viel weniger das Abrücken vom Völkerbund und die Flucht hinter den vermeintlichen Schutzschild unserer Neutralität, sondern — immer rein politisch gesprochen — einzig und allein das Gegenteil: das entschlossene und opferbereite Festhalten am Völkerbund und dem von ihm vertretenen Recht- und Friedensgedanken. Wenn wir uns auf diesen Boden stellen und, was noch mehr wert ist, im Innern eine Schweiz schaffen, die in sozialer Gerechtigkeit Gottes Willen erfüllt, dann dürsen wir zuversichtlich hossen, daß die Schweiz auch aus Niederlage und Ueberslutung durch fremde Mächte sich wieder erheben würde, nach der ewigen Ordnung: "Wer sein Leben verliert um meinetwillen, der wird es sinden", während an der selbstischen Borniertheit, aus der jene anderen Ratschläge stammen, sich das Gesetz erfüllen würde: "Wer sein Leben liebt, der wird es verlieren." Das zu wissen, ist das, worauf es jetzt ankommt. Dieser Felsengrund allein trägt in den Stürmen dieser Zeit die Schweiz.

In das Licht dieser Tatsachen (wenn man da von "Licht" reden darf, wo in Wirklichkeit gefahrvolles Dunkel waltet) müssen andere gestellt werden, die fast noch schlimmer sind. Die eine ist die: Die gleichen Leute, die von dieser Gesinnung erfüllt sind, erfüllen nun die Schweiz mit dem Geschrei von der Landesverteidigung, wie sie diese verstehen. Symptomatisch dafür war besonders eine Versammlung, die letzthin in Zürich stattsand und an welcher neben einem Pfarrer, der offenbar

auch das Kreuz mit dem Säbel verwechselt, und dem Präsidenten der freisinnigen Partei des Kantons Zürich vor allem der Geschichtsprofessor Karl Meier von der Zürcher Universität und Oberst Ernst Bircher das Wort führten. Ihre Ausführungen gipfelten in der Forderung einer völligen Militarisierung unseres Volkes. Wir müßten uns eigentlich im Zustand einer beständigen latenten Mobilisierung besinden, jeder Mann und jede Frau (wohl auch jedes Kind?) ihre Anweisung in der Tasche tragen, auf welchen Posten sie "im Ernstfall" sich zu stellen hätten. Im übrigen, unter der Vorgabe des "Realismus", lauter Phantasterei. Aber was noch schlimmer ist, als diese völlige Militarisierung: sie soll, besonders nach Professor Meiers Meinung, verbunden sein mit einer Diktatur in Militärdingen, deren innere Logik bald zu einer Militärdiktatur überhaupt führte. Diese Diktatur nennt man freilich nicht so, sondern "elastische Demokratie" (Und das ist nun der gleiche Professor, der wieder die historische Existenz Wilhelm Tells sestzustellen sich bemüht! Man wird ganz an theologische Analogien erinnert: Tell vor siebenhundert Jahren, Gessler heute!) So soll also die Schweiz dadurch "verteidigt" werden, daß man die Schweiz aussehelt!

Diese Linie führte Gut, der Präsident des kantonalen zürcherischen Freisinns, weiter, indem er, sich an Mottas Seite stellend, eine schweizerische "Neutralität" forderte, die gerade jenen Londoner Vertrag aushebt, auf den sich sonst diese Herren ja als auf das rechtliche Bollwerk unseres Militarismus (das er in Wirklichkeit nun nicht ist) berufen und ebenfalls die Möglichkeit eines Austrittes aus dem Völkerbund durchblicken ließ.

Seien wir uns klar: Diese Doppeltendenz hat große Verbreitung. Wir sollen gegen die Todseinde der Schweiz, den Faschismus und den Nationalsozialismus, durch Leute verteidigt werden, die mit ihnen aufs tiefste sympathisieren.

So steht es — genau so. Aber auch hier müssen wir ins Bundeshaus zurück. Wieder etwas völlig Unglaubliches: Motta und, wie es den Anschein hat, der ganze Bundesrat, begrüßen ebenfalls Hitlers wilden Rechtsbruch und Gewaltakt, der deutlich im Dienste eines Kriegswillens steht, als eine "Entspannung" der Lage, als eine "Entlastung" (nämlich Mussolinis), als einen Fortschritt. Was kann man da noch sagen? Nur eines: Wenn diese "Hirten" (Jeremia 23) nicht rasch wegkommen, dann ist die Schweiz verloren.

Aber auch von innen her verloren. Denn diese Diktaturabsicht ist, wie gesagt, weithin vorhanden und auch nicht bloß Traum, sondern zum Teil schon Wirklichkeit. Das zeigt sich immer neu. Soeben ist man daran, das Beamtengesetz wenigstens für einen Teil des eidgenössischen Personals aufzuheben und dieses besonders in Lohnfragen der Willkür des Bundesrates und seiner Werkzeuge auszuliesern. Anderes ist geplant. Zunächst zielt man dann auf ein Verbot der kommunissischen Partei. Man berust sich darauf, daß diese sich nach Rußland orientiere. Aber wohin orientiert sich Motta? Wohin die "Neue Zürcher Zeitung"? Wohin das "Berner Tagblatt"? Rußland bedroht uns wenigstens nicht mit Annexion, ja es ist gegenwärtig ein sehr wichtiger Schutz für uns, sei es sonst, was es sei. Nach den Kommunisten oder gerade mit ihnen zusammen kämen die Antimilitaristen und Religiösen Sozialisten, die Freigeldleute, dann, trotz aller Bravheit, die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften. Seien wir uns auch darüber ganz klar. Und wehren wir den schon weit vorgeschrittenen Anfängen! 1) Ein Symbol dieses ganzen Zustandes ist das Lustschutz-Plakat Mingers mit der Losung: "Lustschutz ist Gebot!", das seit Wochen an allen Anschlagsäulen und Scheunenwänden der Schweiz prangt. Mit seiner die wirkliche Lage verdeckenden patriotischen Demagogie, welche durch Lustschutzübungen in Thun eine Illustration erfahren hat, wirkt es wie eine geistige Vernebelung der Schweiz, in der auch schon Gistgas wirkt: Gistgas des Trugs. Wir werden gegen diese Gefahr, welche die größte der Gefahren ist, unseren Kampf

¹) Gegen Nicole hat ein gewisser Chalut im Großen Rat Todesdrohungen ausgestoßen, ohne daß der Staatsanwalt einschritt. Aber wenn Nicole so etwas gesagt hätte!

fortführen bis aufs äußerste und setzen der Losung: "Luftschutz ist Gebot!" die unsrige entgegen: "Luftschutz ist Trug!"1)

Wie kann Rettung geschafft werden?

Das ist die bange und nicht leicht zu beantwortende Frage. Denn wenn in dem besonderen Falle des Luftschutzes für uns klar ist, was wir gegen das kommende Verderben tun können und sollen und wir entschlossen sind, es zu tun, so herrscht in bezug auf die Opposition gegen den Todeskurs unserer offiziellen Bundespolitik leider noch viel Unklarheit und Unentschlossenheit. Man plant eine Reihe von Initiativen. Eine von den Kommunisten angebahnte will für Dringlichkeitsbeschlüsse der eidgenössischen Räte eine Vierfünstelmehrheit verlangen, mit Ausnahme von solchen, die "im Interesse des werktätigen Volkes" lägen. Das ist aber eine viel zu vage Bestimmung. Doch ist sonst die Initiative gut und nötig. Eine andere Initiative, die aber noch nicht Gestalt gewonnen hat, ist die Volkswahl des Bundesrates. Ich war einst, als noch nicht die Demagogie Königin war, dagegen, damit der Bundesrat nicht dieser ausgeliesert werde. Jetzt aber, wo der Bundesrat Diktator geworden ist und die Bundesversammlung seine gehorsame Dienerin und Leibgarde, also in Bern Schlimmeres noch als Demagogie herrscht, kann die Volkswahl im ungünstigsten Falle nichts schaden, wahrscheinlich aber nützen. Jedenfalls bringen wir nur auf diesem Wege noch einen Mann in den Bundesrat. Auch das Recht der Abberusung sowohl des Bundesrates wie der eidgenössischen Räte könnte — rebus sic stantibus — nur günstig wirken. Und die Initiative für die Presserieheit müßte rasch zur Abstimmung kommen. Daneben wäre, wie gesagt, zum mindesten Mottas Rücktritt zu fordern. Denn ein schlechterer Außenminister käme auf keinen Fall und die Tat wäre eine Demonstration!

Aber freilich: All diese Dinge können nur Vorläusigkeiten und Notbehelse sein. Auch laufen sie Gefahr, zu langsam zu wirken. Es sollte rasch, sehr rasch eine Organisation geschaffen werden, bestehend aus den besten Männern und Frauen, die wir noch haben und die wirklich noch die demokratische Schweiz wollen, um Wache zu halten, den Widerstand zu organiseren und zu entsessen, sobald es nötig ist. Wenn das Freiheitskomitee diese Aufgabe übernehmen kann, so ist es gut. Sonst müßte es sofort versuchen, sich in diesem Sinne umzubilden. Endgültig helsen kann uns freilich nur etwas Größeres und Tieseres: eine völlige Neugestaltung der Schweiz nach Inhalt und Form.²) Inzwischen bleibt uns nur der alte Trost: "Dei providentia et hominum confusione Helvetia regitur." ("Durch Gottes Vorsehung und der Menschen Beschämung wird die Schweiz regiert.")

12. März.

Redaktionelle Bemerkungen.

Da der Redaktor an dem Ferienkurs in Bad Wengi teilnehmen möchte, der in der Osterwoche stattsinden soll, kann das Aprilhest nicht wie üblich in der vorletzten Woche des Monats erscheinen, sondern erst in der letzten, vielleicht sogar erst in den ersten Maitagen. Ich bitte die Leser, das für einmal freundlich entschuldigen zu wollen.

Es sei mir erlaubt, in diesem Zusammenhang auch auf die tapfere Flugschrift der "Nie-wieder-Krieg"-Jugend "Kämpfe für den Frieden!" hinzuweisen, welche speziell die Aktion für den Boykott der italienischen Waren unterstützen will. Sie ist ebenfalls in der Zentralstelle zu haben.

¹⁾ Neben dem vortrefflichen Flugblatt von Gerber, das in einer etwas mehr der jetzigen Lage angepaßten Form neu erscheinen wird, verbreiten wir den ganz ausgezeichneten Aufruf von Dr. Bernhard Lang, Arzt in Langenthal: "Was ein Arzt vom Luftschutz hält." Ein weiteres Flugblatt ist in Vorbereitung und kann in Bälde erscheinen. — Dazu kommt als Wasse eine ganze Literatur, die, wie jene Flugblätter, bei der Zentralstelle für Friedensarbeit, Gartenhosstraße 7, Zürich 4, zu billigsten Preisen zu beziehen ist.

²⁾ Dafür darf ich wohl wieder auf meine zwei Schriften: "Die neue Schweiz" und "Die Erneuerung der Schweiz" verweisen.